

Interpellation Hartmann-Flawil (22 Mitunterzeichnende) vom 26. Februar 2013

Stand Ansiedlung Rohstoffkonzern «Transoil»

Schriftliche Antwort der Regierung vom 7. Mai 2013

Peter Hartmann-Flawil erkundigt sich in seiner Interpellation vom 26. Februar 2013 nach dem Stand der Ansiedlung «Transoil» sowie der steuerlichen Behandlung des Unternehmens und auch der Suek AG in St.Gallen. Zudem interessieren ihn die Stärkung des Image St.Gallens als Cleantech-Standort und die Haltung der Regierung zu Fragestellungen bezüglich Rohstoff-Unternehmen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Im Rahmen der Standortförderung unterstützt und begleitet das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA-SG) ansässige und interessierte Unternehmen mit Dienstleistungen in standortrelevanten Fragen wie Bewilligungsverfahren, Standort- und Immobiliensuche oder Vermittlung von geeigneten Kontakten. Bezüglich Technologieumfeld stützt man sich dabei auf die vorhandenen Informationen und Netzwerke zu den im Kanton vertretenen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Der Kanton verfügt in verschiedenen Technologiebereichen über eine bedeutende Anzahl von Arbeitgebern, Arbeitsplätzen und Forschungsinstitutionen. Dazu gehört auch der Bereich Cleantech.

Die bis dahin in Wittenbach domizilierte Transoilgroup AG trat im Jahr 2011 mit der Standortförderung in Kontakt. Die Standortförderung unterstützte die Transoilgroup AG bei der Suche nach Räumlichkeiten für den neuen Hauptsitz in der Stadt St.Gallen. Im Weiteren wurden auch das interessante Umfeld und mögliche Kontakte im Bereich Energie/Cleantech aufgezeigt.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Der Standort St.Gallen der international tätigen Transoilgroup AG weist derzeit gemäss eigenen Angaben acht Mitarbeitende auf. Offenbar ist die angestrebte Exploration des besagten Ölfeldes noch nicht soweit fortgeschritten, dass ein weiterer Ausbau notwendig oder möglich wurde.
2. Nach der erfolgreichen Standortsuche, der Information über das Wirtschaftsumfeld und dem Aufzeigen der entsprechenden Kontakte war das AWA-SG nicht mehr in die weiterführenden Schritte involviert. Es hat sich bis heute keine Zusammenarbeit mit der Universität St.Gallen ergeben. Über allfällige weitere Kontakte in der Region liegen keine Informationen vor.
- 3./4. Das Steuergeheimnis lässt eine konkrete Auskunft zur steuerlichen Behandlung von Unternehmen nicht zu.
5. Der Wirtschaftsstandort Kanton St.Gallen verfügt über rund 50 Unternehmen, neun Hochschulinstitute sowie weitere Forschungseinrichtungen (z.B. EMPA), die im Kompetenzfeld Cleantech tätig sind. Verbunden mit bedeutenden Projekten wie der Geothermie in St.Gallen, dem Aufbau des RhySearch mit Energietechnik als einem Anwendungsfeld und auch der kantonalen Energieagentur bietet der Kanton ein attraktives Umfeld für Unternehmen in diesem Bereich. Die Regierung will diese Chance nutzen und fördert die Vernetzung von Un-

ternehmen und Bildungsstätten mit gezielten Massnahmen insbesondere im Bereich des Wissens- und Technologietransfers (WTT).

6. Die Schweiz nimmt mittlerweile im internationalen Rohstoffhandel eine sehr wichtige Rolle ein. Die Bedeutung der Ostschweiz ist dabei marginal. Angesichts der effektiv vorhandenen Problemstellungen hat die Schweiz in den letzten Jahren bei der Ausarbeitung multilateraler Standards zur verantwortungsvollen Unternehmensführung (OECD-Leitsätze und UNO-Leitlinien) aktiv mitgearbeitet. Mittlerweile hat der Bund in einer interdepartementalen Arbeitsgruppe einen Bericht zur gesamten Branche erarbeitet, in dem er auch die Herausforderungen thematisiert. Der Bundesrat erwartet von allen in oder aus der Schweiz operierenden Unternehmen ein integeres und verantwortungsvolles Verhalten in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten sowie von Umwelt- und Sozialstandards im In- und Ausland. Flankiert wird dies von neuen Finanzmarktregulierungen nach internationalen Standards, zusätzlichen Auflagen in der Geldwäschereibekämpfung sowie Transparenzanforderungen. Aus Sicht der kantonalen Regierung sind neben diesen Stossrichtungen weitere transparenzfördernde Massnahmen wichtig, insbesondere die seit 2002 etablierte «Extractive Industries Transparency Initiative», die Unternehmen, Regierungen und die Zivilgesellschaft in den relevanten Ländern an einen Tisch bringen und von Staaten wie der Schweiz unterstützt werden.